



Berlin, 20. November 2009

Studie „Gewalt gegen Polizei“ darf nicht gefährdet werden

Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Innenministerkonferenz aufgefordert, alle Zweifel an der geplanten Studie „Gewalt gegen die Polizei“ zu beseitigen. Es müsse möglich sein, auf Fragenkomplexe zu verzichten, die Verunsicherung ausgelöst hätten. Die Akzeptanz der Studie dürfe nicht gefährdet werden.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Diese Studie ist wichtig, um endlich das gesamte Ausmaß der wachsenden Gewalt und der Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und –beamte einschätzen zu können.

Diese Erkenntnisse sind eine wichtige Grundlage für notwendige Maßnahmen, um die Kolleginnen und Kollegen künftig besser zu schützen.“

Innerhalb von zehn Jahren, so die GdP, sei der Widerstand gegen die Staatsgewalt, wie er in der Kriminalstatistik erfasst werde, um über 30 Prozent gestiegen.

Freiberg: „Das allein signalisiert, dass die Polizei in ihrer Dienstausbildung besser geschützt und die Straftäter härter bestraft werden müssen.“

Auch Konsequenzen für die polizeiliche Ausbildung, die Schutzausstattung der Beamten und die Personalstärke seien denkbar. Freiberg: „Deshalb ist diese Studie für jeden Polizeibeamten wichtig.“

In **Hamburg** nahm der Landesvorsitzende Uwe Koßel dazu Stellung: „Die Gewaltstudie ist ein wichtiges Signal für unsere Kolleginnen und Kollegen, die sich im täglichen Dienst immer häufiger der Gewalt in unserer Gesellschaft ausgesetzt sehen. Einige Inhalte der Studie müssen indes überarbeitet werden, da diese den Eindruck erwecken, als wäre die Ursache der Gewalt bei den Polizeibeamten zu suchen. Ziel der Studie muss unter anderem sein, die Hilfe für unsere Kolleginnen und Kollegen zu verbessern, wenn diese Opfer von Gewalt geworden sind.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190